

## **Der Bundeswehreinsatz in Mali**

### **Aufgaben**

- 1 Fassen Sie den Text zusammen. (Material)  
**(25 BE)**
  
- 2 Erläutern Sie die Rolle von Bundestag und Bundesregierung bei der Entscheidung über Auslandseinsätze der Bundeswehr.  
**(25 BE)**
  
- 3 „Dschihadistische Gruppen und kriminelle Banden sind im Grenzgebiet zwischen Burkina Faso, Mali und dem Niger weiter aktiv.“ (Material)  
Stellen Sie Merkmale und Ziele des internationalen Terrorismus dar.  
**(20 BE)**
  
- 4 Diskutieren Sie, ob sich Deutschland militärisch in *failed states* wie beispielsweise Mali engagieren soll.  
**(30 BE)**

**Material****Peter Hille: Ende für Mali-Einsatz der Bundeswehr (2022)**

„Unser Einsatz ist kein Selbstzweck“. Bedeuten diese Worte von Außenministerin Annalena Baerbock im Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung den Anfang vom Ende des Mali-Engagements der Bundeswehr? Angesichts der jüngsten Schritte der malischen Regierung müsse man sich ehrlich fragen, ob die Voraussetzungen für den Erfolg des Engagements weiter gegeben seien, so die Grünen-Politikerin weiter. So klar hatte bisher kein deutscher Regierungsvertreter die Zukunft der derzeit größten deutschen Auslandsmission infrage gestellt.

In Berlin herrscht Ärger über die Regierung von Assimi Goita, der sich im Mai 2021 an die Macht putschte und zum Übergangspräsidenten ernannte. Er will doch nicht wie bisher geplant im Februar Wahlen abhalten, sondern erst in fünf Jahren.

„Die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung ist eine wichtige Voraussetzung für das Engagement der internationalen Gemeinschaft in Mali“, sagt Agnieszka Brugger, Verteidigungsexpertin der Grünen im Bundestag: „Große Irritation und Verärgerung haben natürlich auch die jüngsten Entscheidungen des Übergangsregimes ausgelöst, durch die die internationalen Truppen, auch die Bundeswehr, in ihrer Bewegungsfreiheit im Rahmen der Mission behindert worden sind, etwa durch verweigte Überflugrechte.“

Erstmals hatte Mali Mitte Januar einer deutschen Militärmaschine den Überflug verweigert. Das Transportflugzeug mit 75 Soldaten an Bord musste daraufhin umkehren. Anfang vergangener Woche forderte die Regierung dann dänische Soldaten der europäischen „Takuba“-Mission<sup>1</sup> auf, das Land unverzüglich zu verlassen. Und zu Beginn dieser Woche schließlich verwies die Übergangsregierung den französischen Botschafter des Landes. Bamako<sup>2</sup> scheint schwer bemüht, sich von den europäischen Partnern und insbesondere der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich weiter zu distanzieren.

„All das gibt Anlass zu sehr großer Sorge und deshalb kann es kein Weiter-so und keinen Blankoscheck für die Verlängerung der Mandate geben“, sagt Brugger [...]. Klar für ein Ende der Bundeswehr-Mandate sprechen sich im Bundestag bislang nur die Partei Die Linke und die rechtspopulistische AfD aus. „Die Bundeswehr raus aus Mali – sofort“, fordert etwa der AfD-Abgeordnete René Springer.

Ende Mai laufen die Mandate für die beiden Bundeswehr-Einsätze im Rahmen der EU-Ausbildungsmission EUTM<sup>3</sup> und der UN-Friedensmission MINUSMA<sup>4</sup> aus. Dann muss der Bundestag entscheiden, ob die Mission verlängert wird.<sup>5</sup>

Deutsche Soldaten sind seit fast neun Jahren in Mali im Einsatz. Im Januar 2013 hatte die malische Regierung Frankreich und die Vereinten Nationen um Hilfe ersucht. Die Armee des Landes stand kurz vor dem Kollaps. Ein Einmarsch islamistischer Kämpfer in der Hauptstadt Bamako schien nur noch eine Frage von Wochen. Die Franzosen entsandten Soldaten, es folgten Truppen aus dem Tschad und

<sup>1</sup> Takuba-Mission – Die Task Force Takuba ist ein am 27.03.2020 beschlossener militärischer Einsatzverband europäischer Staaten zur Unterstützung der durch Frankreich geführten Operation Barkhane im Einsatz gegen terroristische Gruppen in der Sahelzone auf Ersuchen der Regierungen Nigers und Malis.

<sup>2</sup> Bamako – Hauptstadt Malis

<sup>3</sup> EUTM – European Union Training Mission. Bei der Europäischen Trainingsmission unterstützt die Europäische Union (EU) die malische Regierung dabei, die Sicherheit und Stabilität im Land wiederherzustellen.

<sup>4</sup> MINUSMA – United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali. Die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen soll der Sicherung des Friedens dienen.

<sup>5</sup> Der Bundestag hat zugestimmt, dass der Bundeswehreinsatz in Mali bis Mai 2023 verlängert wird. Die Bundesregierung plant, diesen Einsatz vom Bundestag letztmalig bis Mai 2024 verlängern zu lassen.

vielen weiteren Ländern, darunter auch Deutschland. Mit Hilfe dieser internationalen Militärpräsenz gelang es zunächst, Islamisten und andere Rebellen in den Norden des Landes zurückzudrängen.

Doch neun Jahre später fällt die Bilanz der Einsätze ernüchternd aus. Dschihadistische Gruppen und kriminelle Banden sind im Grenzgebiet zwischen Burkina Faso, Mali und dem Niger weiter aktiv. In den vergangenen fünf Jahren nahm die Zahl der Terroranschläge wieder deutlich zu. Und das trotz Drohnen und Hubschraubern, trotz der Ausbildung der malischen Armee, trotz Milliarden an Euro, die europäische Länder ausgegeben haben.

Wird Mali also zu einem zweiten Afghanistan? Philipp Münch, Experte für Sicherheitspolitik und Streitkräfte am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam, sieht durchaus Parallelen. In beiden Ländern hätten westliche Länder mit viel Aufwand versucht, das Militär zu stärken.

„Die Fähigkeiten und Ressourcen in Mali reichen aber anscheinend nicht wirklich aus, um ein westliches Streitkräfte-Modell zu unterhalten und die erforderlichen Kenntnisse wirklich dauerhaft zu vermitteln“, sagt Münch der DW<sup>6</sup>: „Das ist im Grunde ein sehr ähnliches Problem, wie wir es in Afghanistan gesehen haben. Aus meiner Sicht ist es nicht hilfreich, hier ein westliches Streitkräfte-Modell zu übertragen.“

Doch die Probleme Malis gehen weit über eine zu schwache, von Korruption geplagte Armee hinaus. Dürre, Armut, Cliquenwirtschaft und die andauernde Rivalität verschiedener Gruppen im politischen System lähmen das Land.

„Deswegen würde ich argumentieren, dass Fragen, die sich auf die technischen und operativ-taktischen Maßnahmen der Einsätze konzentrieren, eigentlich zweitrangig sind“, sagt Münch. „Ich muss zuerst die Grundlage eines stabilen politischen Zentrums schaffen und dann erst können die anderen Maßnahmen erfolgreich sein.“

Natürlich habe man ein Interesse daran, dass sich Mali zu einem demokratischen Rechtsstaat entwickelt, sagt der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Florian Hahn. „Bedauerlicherweise müssen wir aber auch feststellen, dass frühere demokratisch gewählte Regierungen oftmals weniger Akzeptanz bei der Bevölkerung hatten als beispielsweise die jetzige Putschisten-Regierung“, analysiert Hahn [...].

Wichtig sei, dass das Land wieder stabilisiert werde und dass es den Menschen dort gut gehe. „Wenn wir nur noch Länder unterstützen, die einwandfreie Demokratien sind, handeln wir nicht im eigenen sicherheitspolitischen Interesse. Unsere vorrangigen Ziele vor Ort müssen die Terrorismusbekämpfung und die Verhinderung von ungesteuerter Massenmigration nach Europa sein.“

Peter Hille: Ende für Mali-Einsatz der Bundeswehr, 02.02.2022, URL: <https://www.dw.com/de/ende-für-mali-einsatz-der-bundeswehr/a-60571609>, 02.02.2022 (abgerufen am 22.02.2022).

---

<sup>6</sup> DW – Die Deutsche Welle ist der Auslandsrundfunk der Bundesrepublik Deutschland.